

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig
Schließfach 399
Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr.6 5.Juni 46

Der Bauer hat es in der Hand

Von Dipl.Volkswirt Karl Völker

Durch Jahrzehnte hindurch ist an der deutschen Landwirtschaft herumgedoktert worden. Unter dem Motto "Agrarhilfe" sind Massnahmen getroffen worden, die im wesentlichen darauf hinausliefen, die Schuldenlast der Bauern zu senken. Ob es sich nun um direkte Subventionen handelte, ob der Landwirtschaft Steuererleichterungen zuteil wurden, ob sie durch Schutzzölle vor der Konkurrenz des Auslandes bewahrt wurde oder ob durch unmittelbare Entschuldungsverfahren wie die Osthilfe die Belastung gemildert wurde - es war und blieb ein unzureichendes Herumkurieren an den Krankheiterscheinungen und Krankheitsfolgen. Den Krankheitsursachen ging man nicht zu Leibe.

Warum das nicht geschah, wird sofort ersichtlich, wenn wir diese Ursachen einmal etwas näher betrachten. Der Bauer braucht Kunstdünger, er braucht landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Beschaffung oder Amortisierung dieser Betriebsmittel stellen wesentliche Ausgabenposten für den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb dar. In den Preisen der Dingemittel und Maschinen sind nun aber neben den reinen Herstellungskosten Elemente enthalten wie Unternahmergewinne, Profite, Dividenden, Werbungskosten, Kartellkosten, Gross- und Zwischenhändlergewinne. Sie bilden einen wesentlichen Bestandteil dieser Preise und müssen vom Bauern getragen werden oder, soweit er von der Allgemeinheit subventioniert wird, von dieser.

Und wie steht es mit dem Absatz der landwirtschaftlichen Produkte? In normalen Zeiten und soweit es das pflichtablieferungs-gut des Bauern betrifft, geht dieser Absatz wesentlich umständlicher vonstatten als wenn, wie heute, der hungrige Stadtverbraucher auf dem Bauernhof erscheint und gegen Geld, gute Worte und angenehme Beigaben die Produkte selbst in Empfang nimmt. Ehe das Korn zum Brot wird, durchläuft es zahlreiche Zwischenstationen. Einige davon sind notwendig, andere überflüssig. Gerade im sogenannten Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat es bisher - von der Letztverteilung abgesehen - eine zu lange Reihe von zweifelhaften Existenzen gegeben, deren Tätigkeit darin bestand, ein Telefon zu bedienen und den täglichen Gang zur Börse zu tun. Für die Erhaltung solcher

vollkommen überflüssiger Zwischenstellen hat der Bauer seinen Schweiss vergossen und sich von früh bis spät abgerackert. Ihre Geschäftsgewinne gingen zu Lasten des Bauern und des Verbrauchers. Wer nun noch nicht wissen sollte, warum diese überflüssigen Belastungen, diese Hauptursachen der landwirtschaftlichen Bedrängnis, nicht abgestellt wurden, der frage einmal den Bauern, wie er bei den Wahlen mit seinem Stimmzettel verfahren sei, ob er nicht immer möglichst weit rechts wählte und damit den Interessenvertretern jener Gruppen politische Macht gab, die den Bauern um ein Gutteil seines Arbeitsertrages prellten und ihm übermässige Kosten auferlegten.

Die Befreiung des Bauern von unnötiger Belastung wird erreicht durch Vergesellschaftung der Dingenittel- und Landmaschinenindustrie, durch Ueberführung in genossenschaftliche Unternehmungsform und durch den Fortfall der Unternehmergewinne, Profite, Dividenden usw. Das sind die Ziele der sozialdemokratischen Arbeit auf dem Gebiet der Agrarpolitik. Wird die Dingenittel- und Landmaschinenindustrie der Regie der landwirtschaftlichen Genossenschaften unterstellt, dann wird der Bauer sogar Miteigentümer dieser Produktionszweige und hat es dann in der Hand, selbst über die Höhe dieser seiner besonders spürbaren Unkosten zu bestimmen.

Die Sozialdemokratie trat und tritt für eine planvolle Bedarfsdeckungswirtschaft ein, die dem Bauern den ständigen Absatz seiner Erzeugnisse garantiert und ihm durch Ausschaltung entbehrlicher Zwischenstufen einen Erlös sichert, der der wirklichen Mithewaltung des Bauern entspricht. Durch enge Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Absatz- und den städtischen Konsumgenossenschaften kann tatsächlich verhindert werden, dass vom Fleiss des Bauern Parasiten leben, die keinen produktiven Beitrag zum Wirtschaftsprozess beisteuern.

Senkung der Unkosten, Sicherung des Absatzes und angemessene Preise - damit kann wirkliche Bauernpolitik getrieben werden. Auf diese Weise will die Sozialdemokratie das deutsche Landwirtschaftsproblem zur Lösung bringen. Der Bauer aber hat es in der Hand, ob diese Absichten Wirklichkeit werden.

Tatsachen

Die Redaktion des SPD wird in zahlreichen Briefen nach gewissen Tatsachen gefragt. Solche Antworten, die allgemein interessieren könnten, wollen wir auch hier mitteilen. Sie können mindestens als Anregung dienen.

Es ist nicht wahr, dass in einer der parlamentarischen Reichsregierungen der Weimarer Republik eine klare Mehrheit der SPD-Minister vorhanden war. Die für die SPD günstigste Zusammensetzung bestand im Kabinett Scheidemann, das vom 13. Februar bis zum 20. Juni 1919 regierte und in dem von 14 Ministern 7 der SPD angehörten. Alle anderen Kabinette danach hatten bürgerliche Mehrheiten. Dies zur Steuer der Wahrheit, wenn behauptet wird, die SPD trage die Verantwortung für die Gesetzgebung in der Weimarer Republik.

Andere Voraussetzungen

Spd. Als der erste Weltkrieg zu Ende war, setzten sich die Siegermächte zusammen und erdachten die Konstruktion einer, wie sie sagten, neuen Welt. Es war in Wahrheit aber nur der Versuch einer neuen Konstruktion der alten Welt, die in ihren Prinzipien unverändert fortzubestehen schien. Am Ende des zweiten Weltkrieges ist nun klar, dass die künftige Weltordnung andere Voraussetzungen hat als die waren, die bisher bestanden. Neue Waffen und ein kühneres Denken, die zwangsläufige Gleichheit aller vor der Macht der Gewalt, die unlösbare Verflechtung der Lebensverhältnisse aller Völker und der materiellen Vorbedingungen des physischen Lebens in allen Teilen der Erde haben zusammen bewirkt, dass die Konzeption künftiger militärischer Konflikte über Kontinente greift und dass die Kraft internationaler Ideen und Ideale ungleich wirksamer geworden ist als jemals zuvor. Es geht nicht mehr darum, kurzfristige Lösungen zu finden, sondern um die Erkenntnis neuer Perspektiven und um die Verwirklichung einer Ordnung, die die Rechte des Einzelnen als Glied der Gesellschaft anerkennt und respektiert, ohne Rücksicht auf staatliche Grenzen oder soziale Schichten.

Der Londoner "Observer" nahm am 26. Mai zu der Frage Stellung, welcher Art die Voraussetzungen für den Neubau einer friedlichen Welt sein würden und schreibt: "Der überall festzustellende Zusammenbruch der Einigkeit in den Zielsetzungen und Methoden, die während des Krieges zwischen den Alliierten bestand, ist gleichzeitig Symptom und Resultat eines umfassenderen Zusammenbruchs der Gesellschaftsordnung, die sich gegen Ausgang des Mittelalters im Westen bildete und dann bis zum ersten Weltkrieg mehr oder weniger in Kraft blieb. Diese Gesellschaftsordnung beruhte in der politischen Sphäre auf der Konzeption des Nationalstaates, auf wirtschaftlichem Gebiet auf der Konzeption des privaten Unternehmers. Seit geraumer Zeit hat nun eine Gegenbewegung eingesetzt, die in Russland mit seiner bis ins Letzte geplanten Gesellschaftsordnung ihren extremen Ausdruck fand, während ihr in Amerika bisher noch energischer Widerstand entgegengesetzt wird. Die Welt bedarf aber einer ausgewogenen sozialen Ordnung, und zwar nicht der Extreme, sie bedarf einer Ordnung, die sowohl dem Einzelnen wie der Gesamtheit Gerechtigkeit widerfahren lässt. Wir in Grossbritannien sind auf der Suche nach dem Wege zu einer solchen Ordnung. Es hängt daher sehr viel davon ab, ob Grossbritannien bei dieser Entwicklung eine Führerrolle übernehmen kann. Aber weder Grossbritannien allein noch auch die britische Völkerfamilie allein können eine solche Führerrolle ausfüllen. Die demokratische Weltanschauung muss, wenn sie die gefährlichen Mächte, die vor uns liegen, überstehen soll, fest und umfassend und im Boden verwurzelt sein. Hier liegt der wesentliche Grund, dass die politische Idee einer westlichen Staatengruppe Unterstützung verdient, die gemeinhin nicht gerade glücklich als Westblock bezeichnet wird. Hier sollte die fortschrittliche soziale Demokratie ihren Sitz haben, von hier sollten alle positiven Bemühungen ausgehen, die Konzeption wirtschaftlicher Planung auf das Gebiet der internationalen Beziehungen zu übertragen. Grossbritannien muss diese Lösung suchen, nicht nur aus idealen Gründen sondern aus Gründen der zukünftigen Sicherheit."

Die Stellungnahme des "Observer" erfolgte vom britischen Stand-

punkt aus, es konnte nicht anders sein. Die "Idee einer westlichen Staatengruppe" erschien in diesem Artikel nicht im Gegensatz zu der einer östlichen politischen Organisation, sondern als ein Beitrag zu der umfassenden Idee der Weltvereinigung aller Völker. Neben dem Prinzip des realen Sozialismus ist dieses Ziel, das die UNO zu erreichen sucht, in der Tat die wichtigste andere Voraussetzung für eine neue Welt.

----- Die Zeitungen in Wien -----

spd. Nach dem Einmarsch der Besatzungsmächte sind in Österreich in schneller Folge und in grosser Zahl neue Zeitungen entstanden. Eine zuverlässige Übersicht ist jedoch noch nicht möglich, weil manche der Neugründungen bereits wieder eingegangen sind. Die wirtschaftliche Grundlage war zu schmal. Als vorläufiges Ergebnis der noch keinesfalls abgeschlossenen Entwicklung des Pressewesens in Österreich kann zunächst nur die Wiener Presse festgehalten werden, der es gelungen ist, sich eine grössere Bedeutung zu erringen und deren Stimme, wie Zitate in ausländischen Blättern zeigen, bereits über die Grenzen des Landes hinaus dringt.

In Wien erscheint die "Arbeiterzeitung", die von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs herausgegeben wird und die bisher grösste Auflage der freibezogenen Zeitungen hat. Die Kommunistische Partei in Österreich gibt die "Österreichische Volksstimme" heraus, deren Verbreitung bisher im wesentlichen auf das Gebiet der Stadt Wien beschränkt ist, die aber in kleineren Auflagen auch in das Land hinaus geht. Neben dieser Zeitung gibt die Rote Armee ein offizielles Organ heraus, das "Österreichische Zeitung" heisst und das im allgemeinen verglichen werden kann mit der in Berlin erscheinenden "Tägliche Rundschau". Es ist ein Blatt mit hohem Niveau. Alle Veröffentlichungen werden darin jedoch in der Schau der sowjetischen Politik und mit einer erkennbaren Absicht vorgenommen. In dieser Zeitung wird deutlich, dass die sowjetische Politik bestrebt ist, die österreichische Aufmerksamkeit auf den Balkan zu lenken. Eine weitere von der sowjetischen Besatzungsmacht kontrollierte Zeitung heisst "Neues Österreich". Die amerikanische Militärregierung gibt den "Wiener Kurier" heraus. Die tradition der früher zahlreichen kleinen Blätter Wiens wird aufrecht erhalten durch das von der Katholischen Volkspartei herausgegebene "Kleine Volksblatt".

----- Was ist Sozialismus? -----

Zusammengestellt von Hans Riebau

spd. Sozialismus ist eine Bezeichnung für Bestrebungen, die die liberalistisch-kapitalistische Ordnung durch eine gerechtere Ordnung ersetzen sollen. (Volks-Brockhaus)

Sozialismus ist Ersetzung der Lohnarbeit durch die Produktionsassoziationen auf nationaler Grundlage (Lassall)

Sozialismus ist die Lehre, wonach die Früchte der Erde allen gehören, die Erde aber niemand. (Rousseau)

Sozialismus ist Abschaffung des Geldes und des Zinses.
(P.I.Proudhon)

Sozialismus ist Aufhebung des Privateigentums für die Regierenden und Weisen, Weibergemeinschaft, Staatliche Kindererziehung.
(Platon)

Sozialismus ist Harmonie der Triebe (Ch.Fourier)

Sozialismus ist eine auf das Wohl der Gemeinschaft ausgerichtete politische und wirtschaftliche Lehre (Duden, 1929)

Sozialismus ist eine auf das Wohl der (Volks-) Gemeinschaft ausgerichtete politische und wirtschaftliche Lehre (Duden, 1941)

Sozialismus ist Genossenschaftlichkeit, Gemeinschaftsleben.
(Schmidt, philosophisches Wörterbuch)
(1928)

Sozialismus ist Genossenschaftlichkeit, Gemeinschaftsleben, nur auf rassisch-völkischer Grundlage möglich.
(Schmidt, Philosophisches Wörterbuch
1943)

Sozialismus ist Expropriierung der Expropriateure und Übernahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter, Verteilung des Ertrages nach der Leistung, Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft.
(Marx)

Erinnerung an Bruno Schönlink

Von Heinz Krüger

In der Zeit der kulturellen Neugeburt unseres Landes wird auch der Name Bruno Schönlink wieder aufleben. Seine flammenden Gedichte, seine mitreissenden Sprechchorwerke gehören zu dem Besten der deutschen Freiheitsdichtung überhaupt. Unsere Jugend wird hier an eine der schönsten schöpferischen Kunstquellen herangeführt.

An den Anfang der Erinnerung an sein Werk sei ein persönliches Erlebnis aus dem Jahre 1931 gestellt. Nach einem Jugendtreffen in Altenhof am Werbellinsee, wo auch Bruno Schönlink aus seinen Werken gelesen hatte, durchwanderten wir noch ein Stück der Schorfheide. Wir unterhielten uns über die lebensnahe Schönheit des deutschen Landes. Wir waren einig in dem Bestreben, dem arbeitenden Menschen die Heimat gewinnen zu helfen. Als wir in der mond hellen Nacht über den Werbellinsee ruderten, sprach Schönlink von der völkischen Lüge und der militaristischen Vergiftung der tiefsten seelischen Werte. Er bekannte sich zu einem freien, friedlichen Vaterland, wie es auch Bebel gesehen hatte und dem Letzten und Ärmsten des Volkes erschliessen wollte. Das Deutschlandlied aber sei immer zu einem Hassgesang der Spiessbürger missbraucht worden und habe daher vor der Welt überheblich gewirkt. Unser Gespräch vertiefte sich in langen Stunden einer

warmer Sommernacht. Am nächsten Morgen gab mir Bruno Schönlanck ein mit seinem Namen gezeichnetes Blatt, auf das er ein neues Gedicht geschrieben hatte. Es trug die Überschrift "Deutschland". Ich las es und habe dieses Gedicht in den Jahren des Niederganges der Hitlerzeit als Kostbarkeit vergraben und verborgen gehalten. In diesen Tagen holte ich das vergilbte Blatt hervor. Es sollen Schönlancks Worte in den Tagen des Neubaus unserer Heimat zu schlichtem Bekenntnis und tätiger Treue aufrufen:

Deutschland

Solang' die Erde steht, soll Deutschland leben.
Im Sternenkranz der Völker soll es sprüh'n,
Solang' die Sonne wärmt, sei ihm gegeben
der Äcker Reifen und der Wälder Grün.

Solang' ein Eisen dröhnt, soll Deutschland schaffen.
Sein Werkgesang flieg um das Erdenrund.
Der Hammerschlag, die Pflugschar seine Waffen,
so schaff' es stolz in freier Völker Mund.

Solang' ein Mund noch spricht, soll Deutschland singen.
Aus Herzentiefen ström' der Sang ihm zu.
Solang' noch menschengeister streben, ringen,
so kämpf' und ringe, liebes Deutschland du!

Wirtschaftsnöte Berlins

spd. Eine Wirtschaftsübersicht der amerikanischen Tageszeitung "Die Neue Zeitung" über die beginnende Wirtschaftskrise in Berlin stimmt überein mit Informationen, die von amerikanischer Seite des Kontrollrates Ende Mai ausgegeben wurden. Es war schon bekannt, dass die Wirtschaftsämter aller Berliner Bezirke meldeten, die wichtigsten Industrien besäßen nur noch für 2-3 Wochen Rohstoffe.

Schon jetzt sind in Berlin (Stand Mitte Mai 1946) 240000 Menschen gänzlich und etwa 400 000 teilweise von der wöchentlichen Unterstützung abhängig und eine neue Stilllegung von Fabriken würde weitere 160 000 Menschen arbeitslos machen. Der Berliner Etat spiegelt diese Situation wider: Der Etat vom 1.4.46 bis 31.3.47 sieht Einnahmen von insgesamt 1,43 Milliarden und Ausgaben von 1,83 Milliarden Mark vor, errechnet also ein Defizit von 400 Millionen Mark. Dieser Haushaltsplan Berlins stellt praktisch alle Aufbaupläne bis 31.3.47 zurück. Nur einige öffentliche Projekte sind für den Bau vorgesehen, u.a. einige Brücken und die Ausbesserung von Verkehrsstrassen, eine Radrennbahn, Neubau der Staatsoper unter den Linden und die Instandsetzung des Metropol-Theaters.

Die amtliche Auffassung der USA-Stellen geht jedenfalls dahin, dass unter den derzeitigen Umständen die Existenzberechtigung einer so grossen Bevölkerungskonzentration, wie sie Berlin aufweist, nicht berechtigt ist und dass die Krise erst ihrem Höhepunkt zustrebt. Die amerikanische Veröffentlichungswelle vor allem der Illusion entgegenwirken, als ob das Wirtschaftsleben Berlins sich zwar langsam, aber stetig in der Aufwärtsentwicklung befinde. Dies ist nicht und kann nicht der Fall sein, weil die Rohstoffmangel und die mangelnde Übersicht über Rohstoffanlieferungen und Verwertung in den in Berlin verbliebenen Industrieanlagen dem entgegenstehen.

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Säger, Braunschweig